

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 12.04.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:05 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:	Frau Rothe-Beinlich [REDACTED]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.02.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	

- 5.1. Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021 **2053/18**
 Finanzierung Geburtshaus
 Fragesteller: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
 90/DIE GRÜNEN
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
 Jugend und Gesundheit
 Vertreter vom Geburtshaus - bewusste Geburt und Eltern-
 schaft e.V.
- 5.1.1. Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021 **2438/18**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
 SAG vom 14.11.2018, TOP 5.1. Finanzierung Geburtshaus
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung, Jugend und Gesundheit
- 5.2. Projekte für Vielfalt in Erfurt - Wahrung der parteipoliti- **0088/21**
 schen Neutralität finanziell geförderter Projekte
 Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
 Jugend und Gesundheit
- 5.3. Teststrategie **0382/21**
 Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
 Jugend und Gesundheit
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021 **1785/20**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
 SAG vom 16.09.2020, TOP 7.2. und 7.3. Umsetzungsmög-
 lichkeiten für ein Queeres Zentrum in Erfurt - mdl. Infor-
 mation
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung, Jugend und Gesundheit
- 6.2. Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021 **2527/20**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom
 09.12.2020 zum TOP 7.2 - sonstige Informationen; hier
 aktueller Sachstand der „Alten Parteischule“
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung, Jugend und Gesundheit

6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **0324/21**
24.02.2021 zum TOP 7.1 - Drucksache 2532/20 - Erfurter
Mietspiegel 2018: Verlängerung der Gültigkeit bis
30.06.2022 hier: Anzahl KoWo-Wohnungen im Rahmen
der Vergleichsmiete nach dem Mietenspiegel

BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitali-
sierung

7. Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Sie stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Zudem verwies Frau Rothe-Beinlich nochmals auf das bereits mit den Einladungen versandte Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen. Hiernach sind die Teilnehmenden verpflichtet während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Mund-Nasenbedeckung zu tragen. Weiterhin wird jede Stunde für 10 Minuten eine Lüftungspause durchgeführt. Anschließend begrüßte die Vorsitzende die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt. Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.02.2021

Es wurden keine mündlichen oder schriftlichen Änderungswünsche zur Niederschrift vom 24.02.2021 gestellt.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Eine Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. **Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021** **2053/18**
Finanzierung Geburtshaus
Fragesteller: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
Jugend und Gesundheit
Vertreter vom Geburtshaus - bewusste Geburt und Eltern-
schaft e.V.

Aufgrund des thematischen Zusammenhanges, erfolgte eine gemeinsame Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 5.1.1 Drucksache 2438/18 - Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 14.11.2018, TOP 5.1. Finanzierung Geburtshaus.

Einleitend begrüßte die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die geladenen Vertreter des Geburtshauses Erfurt. Sie bat die Ausschussmitglieder außerdem um Erteilung des Rederechts für diese. Es wurde den Anwesenden einstimmig erteilt. Da das Geburtshaus anteilig durch den Freistaat Thüringen sowie die Landeshauptstadt Erfurt finanziert werde, bat Frau Rothe-Beinlich um Sachstandsinformationen der derzeitigen Förderung sowie eine Berichterstattung über die Arbeit des Geburtshauses im Allgemeinen. Grundlegend könne man sich sehr glücklich schätzen, solch eine Institution in der Landeshauptstadt zu haben. Das Wort wurde an die Gäste übergeben:

Rückblickend gab es viele positive Entwicklungen seit 2018. Durch den Freistaat Thüringen erfolgte Ende 2020 eine institutionalisierte Teilfinanzierung. Hierbei fließt die Förderung überwiegend in die Verbesserung der Hebammenleistungen. Auch im aktuellen Jahr sind weitere Gelder geflossen. Über das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" (LSZ) konnte ebenfalls eine Projektförderung über mehrere Jahre gesichert werden. Vor einigen Monaten wurde das Programm Familienförderung und weitere Bildungsangebote mit in den Angebotskatalog des Geburtshauses aufgenommen. Ein weiterer Ausbau ist wegen mangelnder finanzieller Ressourcen im Moment leider nicht möglich. Da das Personal bereits geschult ist, konnten zudem eine Vielzahl an Konzepten vorbereitend entwickelt werden. Vor allem im Bereich des Elterncoaching wird ein erhöhter Bedarf gesehen. Die derzeitige Finanzierungslücke wird auf ca. 15.000 EUR beziffert.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, bedankte sich für die Berichterstattung und ergänzte, dass am 09.04.2021 die Stufe 3 des LSZ bewilligt wurde. Nunmehr könne die strategische Planung beginnen. Im Mai 2021 sind die ersten Gespräche mit freien Trägern vorgesehen. Noch vor der Sommerpause wird eine Vorstellung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie im Jugendhilfeausschuss in Aussicht gestellt, erklärte Frau Hofmann-Domke.

Drucksache 0717/21	Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO Im Rahmen der Beantwortung ergaben sich durch den Fragesteller, Herrn Schlösser, Fraktion AfD, folgende noch zu klärende Fragen: Welche Antragsteller haben bisher in Bezug auf den "lokalen Anspruch gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt" im Jahr 2021 oder für das Jahr 2021 Fördermittel in welcher Höhe beantragt, und in welcher Höhe wurden oder werden diese jeweils für welche Projekte (Benennung des Namens und Projektes sowie Beschreibung desselben) bewilligt. T: 26.04.2021 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-------------------------------------	--

Eine mündliche Beantwortung sei bei einer solch spezifischen Nachfrage nicht möglich, so die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke. Vielmehr verwies sie auf den jährlichen Bericht über die Bundes- und Landesmittel zu finanziell geförderten Projekten. Dieser werde zeitnah nachgereicht.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Teststrategie 0382/21**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach aktuellem Stand haben nunmehr mehrere Testzentren in der Landeshauptstadt eröffnet. Da sich vor diesem Hintergrund Teile der Anfrage erledigt haben, stelle sich jedoch nun die Frage, wie viele Bürgerinnen und Bürger die zu Verfügung stehenden Testungen bis zum jetzigen Zeitpunkt in Anspruch genommen haben, erkundigte sich die Fragestellerin, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt.

Wie bereits in der Stellungnahme mitgeteilt, habe sich die Landeshauptstadt Erfurt für eine externe Teststrategie –unter Einbindung mobiler Testteams – entschieden. Der hervorragende Start der Testkampagne zeigt, dass man den richtigen Weg ausgewählt hat, so die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke. Mittlerweile besteht die Möglichkeit auch bei mehr als 60 niedergelassene Ärzte kostenlose Tests durchführen zu lassen. Ende März konnte ein weiteres Testzentrum in der Mühlhäuser Str. eröffnen. Im Testzentrum des "Haus der sozialen Dienste" konnten außerdem die Öffnungszeiten erweitert werden. Ebenso gibt es eine intensive

Abstimmung mit der BUGA gGmbH bzgl. Testpoints an den Haupteingangsbereichen der BUGA-Flächen. Hierbei werde überlegt auf den P+R-Flächen Testungen anzubieten. Durch die niedergelassenen Ärzte werden die Testzahlen immer erst Ende des Monats über die Kassenärztliche Vereinigung bekannt gegeben. Durch die beteiligten Apotheken und Unternehmen erfolgt jedoch eine taggenaue Nennung der Testungen. Somit komme man zu dem Ergebnis, dass derzeit ca. 5.000 Testungen pro Tag im Raum Erfurt durchgeführt werden. Es bleibt zu beachten, dass die Arbeitgeber dieser Zahl hinzurechnen sind.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, unterbrach die Beratung und wies Frau Herold, Fraktion AfD, darauf hin, dass während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Gesichtsbekleidung zu tragen ist und sie dies bei Eröffnung der Sitzung mitgeteilt habe. Sie forderte Frau Herold auf, welche die Maske zu diesem Zeitpunkt nicht trug, ihre Maske ordnungsgemäß aufzusetzen, da sie ansonsten zunächst einen Ordnungsruf erteilen müsse und bei weiterer Weigerung die Betreffende der Sitzung verwiesen werden müsse. Frau Herold erwiderte, dass sie schlecht atmen könne. Durch die Ausschussvorsitzende wurde sodann ein Ordnungsruf gegen Frau Herold verhängt. Frau Herold bedeckte sodann ordnungsgemäß ihren Mund-Nasen-Bereich. Die Beratung konnte wieder aufgenommen werden.

Unter Bezugnahme auf die Ortsteile, ergriff Frau Rudolph, sachkundige Bürgerin, das Wort und bat eindringlich um eine Einbindung der ländlichen Gegenden. Aus eigener Erfahrung müsse festgestellt werden, dass die Ortsteile noch zu sehr vernachlässigt werden. Nicht jedes Dorf verfügt über eine Arztpraxis. Außerdem sei die Anbindung über ÖPNV oftmals sehr eingeschränkt, so dass es gerade älteren Bürger schwer fällt die Testzentren in der Innenstadt aufsuchen zu können. Frau Hofmann-Domke bedankte sich für den Hinweis und versicherte sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Durch Frau Vogel, Fraktion CDU, wurde ein Vergleich zur Stadt Leipzig gezogen. Das dort verwendete Test-Modell sei bereits weitaus konkreter ausgebaut als die Erfurter Teststrategie. Es sei in Leipzig jetzt schon möglich ohne Terminvergabe einkaufen zu gehen. Lediglich ein tagaktueller Schnelltest sei notwendig, um ungehindert Zutritt zum Einzelhandeln zu bekommen. Vor dem Hintergrund der Hinweise zu den Ortsteilen, ergänzte Frau Vogel, dass ebenso darauf geachtet werden müsse, dass mindestens ein barrierearmer Zugang zu allen Testzentren möglich sein muss.

Frau Hofmann-Domke erwiderte, dass bei der Auswahl der Bewerber gerade der notwendigen Barrierefreiheit ein hoher Stellenwert zugerechnet wird. Aus diesem Grund musste eine Vielzahl von Angeboten abgelehnt werden, da diese keine Barrierefreiheit zusichern können. Es sei außerdem geplant, dass ab dem 23.04.2021 Testungen grundlegend ohne Termin möglich sind. Bzgl. der Einkaufsstrategie der Stadt Leipzig verwies Frau Hofmann-Domke auf das geplante "Erfurter Modellprojekt" zur Öffnung des Einzelhandels.

Kritisch äußerte sich Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., über Vorkommnisse in einer KITA in der Löbervorstadt. In dieser Kindertageseinrichtung kam es am vorangegangenen Donnerstag zu positiven Schnelltestergebnissen. Dennoch wurde die KITA am Freitag regulär geöffnet. Erst am Montag wurde die Einrichtung offiziell geschlossen. Es besteht somit die Gefahr, dass der Virus sich über das Wochenende unkontrolliert weiterverbreitet hat. Für

solche Szenarien müssen unbedingt schnellere und transparentere Lösungen gefunden werden, da ansonsten eine Eindämmung nicht möglich ist.

Aufgrund fehlenden Personals für die Nachverfolgung, ist es dem Gesundheitsamt derzeit nur möglich bei einer Inzidenz unter 50 eine taggenaue Nachverfolgung zu gewährleisten. Derzeit ist eine Vielzahl an Stellen ausgeschriebenen, um die Personalsituation zu verbessern. Man hoffe, dass sich die angespannte Situation schnellstmöglich bessert.

Herr Hose, als Vertreter für Herrn Pfistner, Fraktion CDU, bemängelte die fehlende Errichtung von Testzentren in öffentlichen Zentren. Außerdem werde für die Bürgerinnen und Bürger nicht hinreichend kommuniziert, welche Testzentren mittlerweile in welchen Wohngebieten existieren bzw. wann mobile Testteams in welchen Ortsteil zugegen sind. Es wurde die Bitte geäußert ggf. bereits im Hauptausschuss am morgigen Tag hinreichende Informationen zu diesen aufgeworfenen Fragen zur Verfügung zu stellen.

Die Thematik "Kindertageseinrichtung" wurde erneut durch Herrn Mroß, Fraktion SPD, aufgegriffen. Er bat um Auskunft, ob es bereits einen neuen Kenntnisstand über eine Einbindung von Kindertageseinrichtungen in die Teststrategie durch den Freistaat Thüringen gibt. Hierzu erklärte Frau Hofmann-Domke, dass gerade dieses Thema die derzeit am kompliziertesten zu lösende Aufgabe darstelle. Hierzu ist im kommenden Jugendhilfeausschuss eine ausführliche Berichterstattung geplant. Grundlegend benötige man verwertbare Zahlen, welche genaue Anzahl an Tests notwendig sind und wie eine zentrale Beschaffung durch den Freistaat umgesetzt werden kann. Grundlegend ist eine Beschaffung von Schnellstests binnen 24 Stunden möglich.

Abschließend informierte die Ausschussvorsitzende, ebenfalls Abgeordnete des Landtages Thüringen über die aktuellen Pläne des Freistaates. Eine zentrale Beschaffung für Kindertageseinrichtungen sei zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht geplant.

zur Kenntnis genommen

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Vertagung aus der Sitzung vom 24.02.2021 1785/20**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 16.09.2020, TOP 7.2. und 7.3. Umsetzungsmöglichkeiten für ein Queeres Zentrum in Erfurt - mdl. Information
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es stelle sich grundlegend die Frage, welcher Finanzierungsbedarf genau abgerufen werden müsse, um das Projekt Queeres Zentrum zu fördern, so die sachkundige Bürgerin, Frau Rudolph. Was würde z. B. geschehen, sollte sich der Freistaat Thüringen bzgl. einer Finanzierung zurückziehen. Inwieweit wäre die Stadt dann verpflichtet, diese Finanze-

Positiv zu erwähnen ist, dass für eine Vielzahl der Bewohner eine entsprechend ihrer Verhältnisse, angemessene, neue Unterkunft gefunden werden konnte, berichtete Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. Dennoch ist die Situation für die noch im Gebäude lebenden Mieter erschreckend. Kürzlich konnte sie sich im Rahmen eines Vororttermins ein persönliches Bild von den Wohnumständen machen. Hierbei teilten die Bewohner u. a. mit, dass das Wasser abgestellt wurde. Trotz dieses Umstandes wurden keine sanitären Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die unerträgliche Wohnsituation muss in den nächsten Wochen durch Zuverfügungstellung adäquater Unterkünfte beendet werden. Hierbei sollte man in einem öffentlichen Termin den Betroffenen Möglichkeiten für einen Wechsel der Unterkunft unterbreiten und persönlich Hilfe anbieten. Abschließend bat Frau Stange im Namen der Bewohner eine Klärung mit dem zuständigen Objektbetreuer anzustreben.

Frau Herold, Fraktion AfD, erkundigte sich, ob bekannt sei, wie viele der noch verbliebenen Bewohner tatsächlich wohnungssuchend gemeldet sind oder gar obdachlos wären. Außerdem wurde erfragt, welche Anzahl an Bestandswohnungen die KoWo derzeit in ihrem Portfolio vorhält. Eine genaue Wohnungskapazität ist nicht bekannt, so Frau Hofmann-Domke. Welcher Bewohner sich wohnungssuchend gemeldet hat, kann nicht beantwortet werden, da dies eine private Angelegenheit jedes Einzelnen ist. Der zuständige Mitarbeiter des Sozialamtes ergänzte, dass durch das Jobcenter Erfurt, unter Einbindung einer Mitarbeiterin den Bewohnern direkte Vermittlungshilfe angeboten wird. Die zuständige Mitarbeiterin ist regelmäßig vor Ort, um aktiv bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Außerdem ist die befristete Anstellung eines Sozialarbeiters geplant, welcher konkret für dieses Objekt abgestellt wird.

Trotz des Versprechens an Vereine und Verbände, ein langfristiges Verbleiben in den Räumlichkeiten wäre gesichert, wurden bis zum heutigen Tag immer noch keine Alternativlösungen vorgestellt, ergänzte die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich. Ergänzend teilte Herr Mroß, Fraktion SPD, mit, dass gerade der Gehörlosensportverband oder Seniorenclub spezielle örtliche Begebenheiten benötigen, um ihre ehrenamtliche Arbeit durchzuführen. Auch eine unkomplizierte Anbindung zum ÖPNV darf hierbei nicht außer Acht gelassen werden. Die Vorschläge, die Vereinsräume bspw. in die Hans-Grundig-Straße zu verlegen seien, aufgrund der Handicaps, völlig unpassend. Neben der schlechten Anbindung, werde man zudem mit vielen unzumutbaren Barrierehindernissen konfrontiert. Durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, wurde das Liegenschaftsamt bereits beauftragt nach passenden neuen Objekten zu suchen. Es ist sicherlich jedem klar, dass die Kapazitäten mehr als eingeschränkt sind, vor allem in Bezug auf finanzierbare Örtlichkeiten, erwiderte der Mitarbeiter des Amtes für Soziales.

Zurückliegend wurde nach Aussagen von Frau Hantke, Fraktion FDP, erklärt, dass eine Unterbringung im Container-Dorf nur für einen Zeitraum von vier Wochen ermöglicht werden kann. Sie bat daher um Auskunft, wie der Umzug der Bewohner verlaufen ist und ob eine Verlängerung, über die benannten vier Wochen hinaus, möglich wäre. Durch den zuständigen Mitarbeiter des Sozialamtes wurde erklärt, dass nur wenige Bewohner in den Unterkünften angekommen seien. Zudem wurde zu keiner Zeit eine Befristung ausgesprochen. Die Weiterführung der Unterbringung ist somit möglich. Sollten die Kapazitäten erschöpft sein, wäre ein Ausweichen in die Räumlichkeiten der Güntherstraße möglich.

Frau Hofmann-Domke bedankte sich für die Vielzahl an Hinweisen und sicherte zu, diese an die entsprechend zuständigen Stellen weiterzuleiten.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 24.02.2021 zum TOP 7.1 - Drucksache 2532/20 - Erfurter Mietspiegel 2018: Verlängerung der Gültigkeit bis 30.06.2022 hier: Anzahl KoWo-Wohnungen im Rahmen der Vergleichsmiete nach dem Mietenspiegel 0324/21

BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Gemäß der vorliegenden Stellungnahme unterliegen 96 % der zur KoWo zählenden Wohnungen dem bestehenden Erfurter Mietspiegel. Man könne sich glücklich schätzen, dass die betreffenden Vertragspartner bereits zweimal einer Bindung zugestimmt haben, so der anwesende Mitarbeiter des Sozialamtes abschließend.

Es bestand kein weiterer Klärungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

Im Rahmen der umfangreichen Debatten zum Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" (LSZ), kann mitgeteilt werden, dass wegen einer Beschaffung mobiler Endgeräte nunmehr ein Interessenbekundungsverfahren begonnen hat.

Des Weiteren wird sich die Landeshauptstadt Erfurt mit für das Programm "Thüringer Initiative gegen Einsamkeit und für mehr Gemeinschaft im Alter" bewerben. Hierzu sollen u. a. fünf weitere Stellen geschaffen werden. Man hoffe eine Veröffentlichung erfolgt bereits im kommenden Amtsblatt. Weitere Informationen wurden für den kommenden Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung angekündigt.

Nachdem kein weiterer Informationsbedarf bestand, wurde die öffentliche Sitzung durch die Ausschussvorsitzende beendet.

Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

Sodann wurde um 18:05 Uhr eine Lüftungspause gem. des Hygienekonzeptes von 10 Minuten durchgeführt und die Sitzung hierfür unterbrochen.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in